



Berlin, 26.03.2024 – Anlässlich des bekanntgewordenen Referentenentwurfs zum „Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune“ (GVSG), erklären die Bundesvorsitzenden des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes, Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth und Dr. Markus Beier:

„Für die Hausärztinnen und Hausärzte wie auch ihre Patientinnen und Patienten ist es eine gute Nachricht, dass der nun bekanntgewordene Entwurf des GVSG viele wichtige und dringend notwendige Reformvorhaben adressiert, die die hausärztliche Versorgung nachhaltig stärken könnten. Um alle Details in Gänze zu überblicken, werden nun intensive Prüfungen notwendig sein.

Die Entbudgetierung der hausärztlichen Leistungen, die Bonifizierung der an der Hausarztzentrierten Versorgung teilnehmenden Versicherten wie auch die Vorhaltepauschalen für Versorgerpraxen könnten für die Hausarztpraxen, die seit Jahren an der Belastungsgrenze und darüber hinaus arbeiten, einen spürbaren Unterschied bringen. Gleiches gilt für die Anhebung der Bagatellgrenze für Wirtschaftlichkeitsprüfungen auf 300 Euro. Als Verband kämpfen wir seit langem für diese Reformen. Dieser Entwurf zeigt, dass der Bundesgesundheitsminister die sich verschärfende Krise der Hausarztpraxen wie auch ihre gravierenden Auswirkungen für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung erkannt hat und entsprechend handeln will.

Klar ist aber auch: Wir befinden uns noch am Anfang dieses Prozesses. Es wird an einigen Stellen noch Konkretisierungen und Anpassungen brauchen, denn der Teufel steckt bekanntermaßen im Detail. Von einem Entwurf allein kann sich zudem niemand etwas kaufen. Es wird jetzt darauf ankommen, dass das parlamentarische Verfahren sehr zügig eingeleitet wird. Hier ist jetzt die gesamte Ampelregierung gefragt, zeitnah zu liefern. Die hausärztliche Versorgung wird erst richtig aufatmen können, wenn die notwendigen Reformen beschlossen sind und die entsprechenden Stärkungen wirklich in den Praxen ankommen. Dazu wird auch die Selbstverwaltung gefragt sein, diesen Auftrag des Gesetzgebers im Sinne der Versorgung anzunehmen.

Das Maßnahmenpaket zur Stärkung der hausärztlichen Versorgung ist notwendiger denn je. Andernfalls wird die hausärztliche Versorgung absehbar zusammenbrechen. Das würde massive Folgen für das gesamte Gesundheitswesen haben. Die Folgekosten sowohl für die Patientinnen und Patienten als auch für unser Sozialsystem wären enorm. Man muss es ganz klar sagen: Um dieses Szenario zu verhindern, werden die Kassen nun auch das nötige Geld in die Hand nehmen müssen – daran führt kein Weg vorbei. Ganz abgesehen davon, dass die Kosten sich in einem ganz anderen Rahmen befinden als für andere Reformen, etwa die zur Rettung der Krankenhäuser.“

Pressekontakt

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.
Bleibtreustraße 24 · 10707 Berlin
☎ 030 887 143 73-60
✉ pressestelle@haev.de
🌐 www.haev.de

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.

Bereits mehr als 30.000 Hausärztinnen und Hausärzte haben sich dafür entschieden, Mitglied in ihrem Hausärzteverband zu werden. Damit ist der Bundesverband mit seinen 18 Landesverbänden die größte berufspolitische Vertretung für Hausärztinnen und Hausärzte in Deutschland. Er vertritt die berufspolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Krankenkassen, in Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.